



## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16119  
Freitag, 20. August 2021

Köstinger: Bescheidenes Plus bei landwirtschaftlichen Einkommen im Jahr 2020 . . . . .	1
Moosbrugger: Landwirtschaftliche Einkommen stabil, aber stagnierend . . . . .	2
Bauernbund: Einkommen für Landwirte heißt Klimaschutz für alle . . . . .	4
Herbstantrag 2021: Online-Antragstellung ab 26. August möglich . . . . .	5
EU-Schweinemarkt: Preisdruck nimmt weiter zu . . . . .	7
Österreichische Treibhausgas-Emissionen sanken 2020 um 7,7% . . . . .	7
Vielfältige Leistungen der heimischen Landwirtschaft durch faire Einkommen sichern . . . . .	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Köstinger: Bescheidenes Plus bei landwirtschaftlichen Einkommen im Jahr 2020

Corona-Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung wirkten stabilisierend

Wien, 20. August 2021 (aiz.info). - Im Rahmen des "Grünen Berichtes 2021" werden wie jedes Jahr die Einkommen in der heimischen Land- und Forstwirtschaft analysiert. Die Auswertung zeigt auch für das Jahr 2020 eine stagnierende Entwicklung: "Es ist ein bescheidenes Plus, das die Landwirte bei ihren Einkünften im Vorjahr verzeichnen konnten. Betrachtet man das agrarische Einkommen über die vergangenen Jahre, so gibt es allerdings keinen Grund zum Jubeln. Die Corona-Krise hat die landwirtschaftlichen Betriebe hart getroffen, durch die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung konnten aber massive Einkommensverluste verhindert und die Situation stabil gehalten werden. Im Großen und Ganzen konnten wir damit die österreichische Landwirtschaft gut durch die Krise bringen", fasst Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** die Ergebnisse zusammen. \* \* \* \*

Ausgewertet wurden die Buchführungsdaten von 1.939 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Trotz Coronakrise waren die Einkommen 2020 stabil und verzeichneten ein bescheidenes Plus von 1,4%. Die Einkünfte stiegen auf durchschnittlich 28.368 Euro je Betrieb. Neben den positiven Faktoren, wie Ertragsanstieg im Marktfruchtbau durch höhere Erntemengen im Getreidebau oder Zunahme der Erträge in der Milchwirtschaft, gab es allerdings auch negative Faktoren, die sich auf die Einkünfte auswirkten. Dazu gehörten etwa ein geringerer Holzeinschlag und ein hoher Schadholzanteil durch den Borkenkäfer. Auch gestiegene Sachaufwendungen für die Tierhaltung und Instandhaltung beeinflussten die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern.

"Die Entwicklung wirkt auf den ersten Blick positiv, aber seit Jahren stagniert das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern. Wir brauchen mehr denn je faire Preise für die Produkte und Rohstoffe, die unsere Landwirte erzeugen. Die Dumpingschlachten des Handels auf dem Rücken der Landwirte sind kein Zukunftskonzept. Vor allem die Lebensmittelkonzerne sind gefordert, faire Produktpreise für die hochwertige Qualität der bäuerlichen Betriebe zu bezahlen", betont Köstinger.

### Einkommensentwicklung nach Bereichen

Im Jahr 2020 konnte, mit Ausnahme der Futterbaubetriebe, die fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, bei allen Betriebsformen ein höheres Einkommen verzeichnet werden. Für den durchschnittlichen Rückgang von 8% bei den Futterbaubetrieben waren vorrangig höhere Aufwendungen für Instandhaltung sowie Abschreibungen verantwortlich.

Den höchsten Anteil erzielten die Dauerkulturbetriebe mit +34%. Bei diesen Betrieben führte zwar der Frost zu größeren Ernteeinbußen, dies wirkte sich jedoch - in Verbindung mit einer verstärkten Nachfrage nach Obst als Folge der Corona-Pandemie - günstig auf die Preissituation aus. Dieses Plus reicht aber angesichts der niedrigeren Ausgangsbasis nicht aus, um das gravierende Minus von 31% im Jahr 2019 auszugleichen.

## Marktfrochtbetriebe verzeichnen Plus von 10%

Die Marktfrochtbetriebe erzielten 2020 im Schnitt einen Einkommenszuwachs von 10% gegenüber dem Vorjahr. Zurückzuführen ist dies auf die flächenmäßige Zunahme bei den Ölfrüchten sowie auf überdurchschnittliche Ernten beim Getreide, trotz ungünstiger Niederschlagsverteilungen und langer Trockenperioden. Die Forstbetriebe verzeichneten nach dem deutlichen Rückgang von fast 10% im Vorjahr um 6% höhere Einkommen als 2019. Die ausgeprägten Niederschlagsdefizite bei langen Hitzeperioden führten auch 2020 zu einem hohen Schadholzanfall aufgrund des massiven Borkenkäferbefalls. Trotz der niedrigen Holzpreise mussten dadurch erhöhte Schlägerungen durchgeführt werden. Bei den Veredelungsbetrieben gab es leichte Einkommenssteigerungen von 2%. Der Verlustersatz für Schweine im Rahmen der COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen wirkte sich positiv aus.

Die landwirtschaftlichen Gemischtbetriebe erzielten ebenfalls leichte Einkommenssteigerungen von 2%. Hauptgründe für diese Entwicklung waren höhere Erträge aus der Tierhaltung und der Bodennutzung. Bei den Bergbauernbetrieben betragen 2020 die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft 21.827 Euro je Betrieb. Sie sanken damit gegenüber dem Vorjahr um 4%, während die Nichtbergbauernbetriebe ein Plus von 5% erzielten. Bei den Biobetrieben stiegen die Einkünfte im Jahr 2020 mit 27.951 Euro geringfügig um 1% an, dies ist vor allem auf höhere Erträge in der Bodennutzung zurückzuführen. (Schluss)

## Moosbrugger: Landwirtschaftliche Einkommen stabil, aber stagnierend

Corona-Hilfen, neue Wertschöpfungschancen, GAP und Risikomanagement wichtig

Wien, 20. August 2021 (aiz.info). - Von "Stabilisierung, aber Stagnation" spricht Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** angesichts der land- und forstwirtschaftlichen Einkommens-Analyse für das Jahr 2020 im Rahmen des "Grünen Berichts". Diese ergibt nach einem deutlichen Minus von 10% im Dürrejahr 2018 und keiner Veränderung im Vorjahr nun ein leichtes Plus von 1,4% für 2020, was pro Betrieb 28.368 Euro im Durchschnitt aller Betriebszweige beträgt (2019: 27.966 Euro). \* \* \* \*

### Klare Absage an Neiddebatten und Kürzungsfantasien

"Positiv ist, dass es uns trotz Corona-Krise und Marktverwerfungen gelungen ist, mit geeigneten Unterstützungsmaßnahmen zum zweiten Mal in Folge für eine Stabilisierung der bäuerlichen Einkommen zu sorgen. Ein großes Dankeschön an die Regierung und insbesondere Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger für die konstruktive Zusammenarbeit. Negativ ist jedoch, dass die Einkünfte im langfristigen Trend - im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen - auf der Stelle treten und die Situation somit mehr als angespannt bleibt. Für Neiddebatten und Kürzungsfantasien besteht keinerlei Anlass. Ganz im Gegenteil, es müssen Rabattschlachten und wettbewerbsverzerrende Importe mit niedrigen Produktionsstandards endlich der Vergangenheit angehören", betont Moosbrugger, der darauf hinweist, dass es sich bei dieser Einkommensschätzung um eine Durchschnittsbetrachtung handelt und auch die Bauernfamilien mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben. In einigen Sparten hat es auch 2020 deutliche Einbußen gegeben.

## **GAP zukunftsweisend umsetzen - Wertschöpfungschancen schaffen**

"Dass wir in einem so herausfordernden Jahr, in dem wir Tag und Nacht um Verbesserungen für unsere Bäuerinnen und Bauern gerungen haben, ein leichtes Plus erzielen konnten, ist anzuerkennen. Gleichzeitig sehe ich diese Einkommensanalyse aber auch als klaren Arbeitsauftrag für die Zukunft an. Jetzt, wo es um die nationale Umsetzung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geht, ist es unsere Aufgabe, die Ergebnisse über mehrere Jahre und detailliert auszuwerten, um geeignete Maßnahmen für die Zukunft setzen zu können", unterstreicht der LK Österreich-Präsident. "Unsere Bäuerinnen und Bauern erbringen - neben der Ernährungssicherung - enorme Mehrleistungen für die Gesamtgesellschaft. Dieser Mehraufwand für höchste Qualität, Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl, Landschaftspflege und mehr muss ihnen auch künftig abgegolten werden, damit sie ihn dauerhaft erfüllen können. Außerdem wollen wir auf Basis einer zukunftsweisenden Agrarpolitik für neue Wertschöpfungschancen sorgen. Nachhaltiges, bäuerliches Unternehmertum mit Erfolg auf den Märkten wird immer wichtiger", hebt Moosbrugger hervor.

## **Umfassendes Risikomanagement weiter forcieren**

"Ein gewisses Auf und Ab bei den landwirtschaftlichen Einkommen liegt in der Natur der Sache, denn wir sind von klimatischen Verhältnissen und Marktentwicklungen abhängig, die wir nicht beeinflussen können. Angesichts der Klimaverschlechterung, die von Jahr zu Jahr dramatischere Auswirkungen auf unsere Land- und Forstwirtschaft zeigt, gewinnt ein abfederndes Risikomanagement mittels Hagel- und Mehrgefahrenversicherung immer stärker an Bedeutung. Primär müssen wir aber im internationalen Gleichschritt nach dem Motto 'raus aus den Fossilen und rein in die Erneuerbaren' etwas gegen die steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen unternehmen und zusätzlich die Energieeffizienz forcieren. Es geht um nichts Geringeres als die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen", warnt Moosbrugger.

## **Große Unterschiede zwischen einzelnen Bereichen**

Die Analyse des "Grünen Berichts" zeigt auf, dass im Jahr 2020 bei den meisten Betriebsformen ein Einkommensplus erzielt werden konnte. Ausnahme sind die Futterbaubetriebe, die fast die Hälfte der Höfe ausmachen und einen Einkommensrückgang von 8% verzeichnen mussten. Dafür sind primär höhere Aufwendungen für die Instandhaltung und Abschreibungen verantwortlich. Das größte Plus von 34% erreichten Dauerkulturbetriebe, die trotz frostbedingter Ernteeinbußen von der Corona-verursachten Nachfragesteigerung nach gesundem Obst aus Österreich und folglich besseren Preisen profitiert haben. Marktfruchtbetriebe erzielten wegen Flächenausweitungen bei Ölfrüchten und besserer Getreideerträge trotz problematischer Klimabedingungen ein 10%-iges Plus. Nach 10% Minus im Jahr 2019 konnten Forstbetriebe im Vorjahr um 6% höhere Einkommen einfahren, der Schadholzanteil bleibt jedoch erheblich. Leichte Einkommenssteigerungen von 2% gibt es bei Veredelungs- und Gemischtbetrieben. (Schluss) - APA OTS 2021-08-20/09:45

## **Bauernbund: Einkommen für Landwirte heißt Klimaschutz für alle**

### **COVID-Investitionsprämie ermöglicht Bauernfamilien neue Perspektiven**

Wien, 20. August 2021 (aiz.info). - Der Grüne Bericht ist ein jährlicher Spiegel der Einkommen heimischer Bauernfamilien. Trotz leichtem Plus bei den Einkommen und einer positiven Entwicklung einzelner Betriebssparten setzt sich eine stagnierende Entwicklung fort. "Das Ergebnis ist kein Grund für Freudensprünge. Dennoch sind trotz aller wirtschaftlichen Herausforderungen im Corona-Jahr 2020 die Einkommen weitgehend stabil", so Bauernbund-Direktor **Norbert Totschnig**. Die Buchführungsdaten von 1.939 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wurden für diese Ergebnisse herangezogen und können als Abbild der Einkommen Österreichischer Bauernfamilien gesehen werden. \* \* \* \*

### **Einkommen pro Betrieb gestiegen**

"Positiv zu bewerten ist das leichte Plus beim durchschnittlichen Einkommen. Dies ist von 27.966 auf 28.368 Euro pro Betrieb gestiegen. Höhere Erntemengen im Getreidebau und gestiegene Preise bei Ölfrüchten sowie Mehrerlöse in der Milchwirtschaft, Schweinehaltung und im Obstbau haben das Ergebnis aufgewertet. Nicht zuletzt wirkten sich auch die COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung positiv auf die Einkommen aus. Gerade bei Wein, Schwein und Erdäpfeln haben die Maßnahmen starke Einkommensverluste abgefedert. Für viele Betriebe schafft auch die COVID-Investitionsprämie neue Perspektiven und Optimismus. Auf den Betrieben wird modernisiert und in den Klimaschutz investiert", bilanziert der Bauernbund-Direktor. Was das Ergebnis minderte sind ein hoher Schadholzanteil und dadurch geringere Einschlagsmengen in der Forstwirtschaft, höhere Abschreibungen für Maschinen und Geräte sowie infolge von verstärkten Investitionen die von den Betrieben abgeführte Umsatzsteuer. In der tierischen Produktion haben außerdem steigende Kosten für die Tierhaltung und die Instandhaltung das Ergebnis minimiert.

### **Dauerauftrag: Ein fairer Anteil am Wertschöpfungskuchen**

"Wir nehmen einen zunehmenden Preis- und Wettbewerbsdruck auf den nationalen wie globalen agrarischen Märkten wahr. Diese Entwicklung trifft alle Sparten. Wir werden deshalb die agrarischen Märkte und Lieferketten noch stärker in den Fokus nehmen. Hier muss an vielen Schrauben gedreht werden, damit den Bauernfamilien ein fairer Anteil an der Wertschöpfung gesichert werden kann. Möglichkeiten sehen wir hier beispielsweise in der zunehmenden Regionalisierung verbunden mit einer besseren Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln", so Totschnig.

### **Totschnig: Einkommen für Bauern, Klimaschutz für alle**

Einzelne Entwicklungen rund um den Green Deal der EU beurteilt Totschnig kritisch: "Ziel muss eine klimafreundlichere Produktion sein, die eine ausreichende Versorgung mit heimischen Lebensmitteln ermöglicht. Wenn ich mir jedoch die Stilllegungs-Fantasien und manch praxisferne Maßnahmen im Green Deal ansehe, werden wir weder das eine, noch das andere erreichen können. Deshalb setzen wir in Österreich auf eine ökosoziale Agrarpolitik, die mit nachhaltigen Bewirtschaftungsformen Einkommen für Bauernfamilien und Klimaschutz für alle ermöglicht." (Schluss) - APA OTS  
2021-08-20/11:27

## **Herbstantrag 2021: Online-Antragstellung ab 26. August möglich**

### **Fristgerecht ÖPUL-Maßnahmen verlängern**

Wien, 20. August 2021 (aiz.info). - Die AMA sendet am 23. August 2021 allen Betrieben, die gültig am ÖPUL 2015 teilnehmen, ein personalisiertes Schreiben zur Verlängerung der Maßnahmen per Post beziehungsweise elektronisch über "MeinPostkorb" zu. In diesem Schreiben sind mit Stand Juli 2021 die verlängerbaren Maßnahmen vorgedruckt. Da der Datenbestand für den Vordruck Änderungen unterliegen kann, übernimmt die AMA keine Gewähr für die angeführten Maßnahmen. Der Herbstantrag 2021 ist für die Verlängerung der Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - Zwischenfruchtanbau" bis spätestens Freitag, den 15. Oktober 2021, online einzureichen. Für alle übrigen Maßnahmen endet die Einreichfrist am Mittwoch, den 15. Dezember 2021. Für die angeführten Termine gibt es keine Nachreichfrist. Die fristgerechte Verlängerung mit dem Herbstantrag 2021 ist die wesentliche Voraussetzung, um im Antragsjahr 2022 prämielfähig am ÖPUL 2015 teilnehmen zu können. \* \* \* \*

Alle im ÖPUL 2015 eingegangenen Verpflichtungen (ausgenommen noch nicht mit Ende 2021 auslaufende Flächen der Maßnahme "Weiterführung 20-jähriger Verpflichtungen (K20)") enden mit 31. Dezember 2021. Ein Nachfolgeprogramm zum ÖPUL 2015 wird voraussichtlich mit dem Förderungsjahr 2023 beginnen. Um im Jahr 2022 eine prämielfähige ÖPUL-Teilnahme sicherzustellen, ist es daher unbedingt erforderlich, die gewünschten ÖPUL 2015-Maßnahmen für das Jahr 2022 mit dem Herbstantrag 2021 zu verlängern, informiert die AMA.

Es können nur jene Maßnahmen verlängert werden, an denen 2021 gültig teilgenommen wird. Ein Neueinstieg in ÖPUL 2015-Maßnahmen ist für das Antragsjahr 2022 mit Ausnahme der Maßnahme "Bodennahe Ausbringung flüssiger Wirtschaftsdünger und Biogasgülle" nicht mehr möglich. Ein Umstieg in andere Maßnahmen oder ein Kategoriewechsel bei der Tierschutzmaßnahme ist ebenfalls nicht zulässig.

Durch die Abgabe des Herbstantrages 2021 und des im Frühjahr 2022 einzureichenden Mehrfachantrages-Flächen 2022 entsteht für die beantragten Maßnahmen ein zusätzlicher, einjähriger Verpflichtungszeitraum vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2022. Wenn ein Betrieb die ÖPUL-Maßnahmen mit Ende 2021 auslaufen lassen und 2022 nicht mehr an ÖPUL teilnehmen möchte, ist kein Herbstantrag 2021 einzureichen.

### **Beginn der Antragstellung**

Ab Donnerstag, den 26. August 2021, ist die Erfassung des Herbstantrags 2021 unter <https://www.eama.at> möglich. Die Einreichung beziehungsweise das Absenden des Herbstantrages 2021 ist nur online zulässig und kann selbsttätig oder mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer vorgenommen werden. Die Vorgangsweise für die Erfassung und Einreichung ist im "Benutzerhandbuch Online-Erfassung Flächen" sowie im "Benutzerhandbuch INVEKOS-GIS" unter <https://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Herbstantrag/Handbuecher-Online-Antrag> detailliert beschrieben. Falls es zur Erfassung Fragen gibt, stehen die Mitarbeiter der AMA unter der Telefonnummer 050 3151 99 und der E-Mail-Adresse [flaechen.eama@ama.gv.at](mailto:flaechen.eama@ama.gv.at) zur Verfügung.

## **Änderungen im Verlängerungsjahr 2022**

Für das Jahr 2022 gilt, dass Flächen, die bisher der Zugangsregelung unterlagen und bei der Prämienberechnung bisher nicht berücksichtigt wurden sowie solche, die 2022 neu dazukommen, eine Prämie erhalten können. Die Überprüfung der ÖPUL-Verpflichtungsdauer zwischen den Jahren 2021 und 2022 entfällt, ausgenommen bei K20-Flächen. Es können also auch Maßnahmenflächen im Jahr 2022 reduziert werden.

Die gemäß der jeweiligen Maßnahme anzuwendenden, mehrjährigen Bestimmungen wie die Toleranz bei der Erhaltung von punktförmigen Landschaftselementen, die Grünlandumbruchstoleranz, die Mindestanlagedauer von Biodiversitätsflächen et cetera bleibt unverändert. Das Antragsjahr 2022 ist diesbezüglich als weiteres Verpflichtungsjahr zu betrachten. Toleranzen werden beispielsweise nicht neu zugeteilt, sondern aus dem bisherigen Verpflichtungszeitraum weitergeführt. Auch bestehende Kombinationsverpflichtungen müssen im Zuge der Verlängerung für das Jahr 2022 weiterhin eingehalten werden.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen kann unter

<https://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Aktuelle-Informationen/2021/Aenderung-der-nationalen-Sondermaßnahmen> nachgelesen werden. Zudem stehen detaillierte Informationen im ÖPUL 2015-Merkblatt der AMA mit Stand August 2021 auf

<https://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter#5204> zur Verfügung. Weiters wurden die ÖPUL-Maßnahmenerläuterungsblätter entsprechend aktualisiert, welche auf <https://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter#7268> einsehbar sind.

## **Maßnahmenübernahme 2022**

Maßnahmen können bei Übernahme von Flächen oder Betriebsteilen anderer Betriebe auf den eigenen Betrieb mittels "Maßnahmenübernahme 2022" für das Antragsjahr 2022 übertragen werden. Dies ist nur möglich, wenn der übernehmende Betrieb bisher nicht selbst an den betroffenen ÖPUL-Maßnahmen teilgenommen hat (z.B. bei Betriebsneugründungen oder Haupt-/Teilbetriebsnummernwechsel). Jedenfalls können nur Maßnahmen prämienfähig übernommen werden, die im Antragsjahr 2021 gültig sind und entweder vom übergebenden oder vom übernehmenden Betrieb im Herbstantrag 2021 fristgerecht verlängert wurden. Detaillierte Informationen zur Maßnahmenübernahme 2022 sind im aktuellen Informationsblatt "ÖPUL 2015 Maßnahmenübernahme 2022" auf

<https://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter#5206> zu finden.

(Schluss)

## EU-Schweinemarkt: Preisdruck nimmt weiter zu

Flaute beim Fleischabsatz hält an - Notierung in Österreich unverändert

Wien, 20. August 2021 (aiz.info). - Am europäischen Schweinemarkt zeigt sich in den meisten Ländern derzeit keine Entspannung, sondern eher ein gegenteiliges Szenario. Seit dem Frühsommer prägt dasselbe Thema das Geschehen im Fleischhandel. Der Abfluss von EU-Schweinefleisch Richtung Asien, speziell nach China, ist praktisch zum Erliegen gekommen, und für den Binnenmarktbedarf wird zu viel produziert. "Runter mit den Preisen", lautet daher die Devise beispielsweise in Deutschland. Schon am unteren Ende der EU-Preisskala will man mit einem weiteren Preisnachlass von 7 Cent die Ware loskriegen. Dass damit auch die übrigen EU-Länder weiter unter Druck geraten, ist eine bedauerliche Konsequenz. \* \* \* \*

In Österreich ist der Markt für schlachtreife Schweine auch in der zu Ende gehenden Woche fein säuberlich geräumt. Nicht, weil der Fleischhandel so aufnahmefähig wäre, sondern weil seit Wochen um 10% unter dem Durchschnitt liegende Schlachtzahlen registriert werden, berichtet **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Schweinebörse. Während die Fleischbranche beim Inlandsgeschäft eine mittelmäßige Zufriedenheit zeigt, beklagen die Exporteure beim derzeitigen Preisniveau die kaufmännischen Verhältnisse im internationalen Geschäft. Vor diesem Hintergrund sollte aus Sicht der Abnehmer die heimische Börse die Notierung nach unten korrigieren, was aufgrund des neuerlich bei 90% liegenden Angebots nicht stattfinden konnte. Die Mastschweine-Notierung bleibt daher mit 1,59 Euro (Berechnungsbasis: 1,49 Euro) je kg Schlachtgewicht unverändert. (Schluss)

## Österreichische Treibhausgas-Emissionen sanken 2020 um 7,7%

Corona-Pandemie wirkte sich auf viele Wirtschaftsbereiche aus

20. August 2021 (aiz.info). - Klimaschutzministerin **Leonore Gewessler** und **Günther Lichtblau** vom Umweltbundesamt präsentierten heute die vorläufigen Zahlen zur Treibhausgas-Bilanz des Jahres 2020. Demnach sind die Emissionen im vergangenen Jahr pandemiebedingt um 7,7% beziehungsweise 6,2 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent gegenüber 2019 gesunken. Somit wurden in Österreich insgesamt rund 73,7 Mio. t Treibhausgase emittiert. \* \* \* \*

"Die vorläufigen Zahlen zeigen uns, dass die Treibhausgas-Emissionen 2020 gesunken sind, doch eine Pandemie ist kein Ersatz für wirkungsvolle Klimapolitik. Damit wir den Kampf gegen die Klimakrise gewinnen, müssen wir konkrete Maßnahmen setzen. Mit dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) und dem größten Öffi-Ausbaupaket aller Zeiten sind uns im vergangenen Jahr wichtige Schritte gelungen", unterstrich die Ministerin. "Die Corona-Pandemie hat sich drastisch auf viele Wirtschafts- und Lebensbereiche ausgewirkt und damit auch zu einer Reduktion der Emissionen geführt", ergänzte Lichtblau.

Das Bruttoinlandsprodukt sank 2020 pandemiebedingt im Vergleich zum Jahr 2019 um 6,3%. Die Anstiege im Bevölkerungswachstum und bei den Heizgradtagen - zwei weitere wesentliche Einflussfaktoren für die Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen - fielen hingegen im langfristigen Trend durchschnittlich aus.

## Energie und Industrie sowie Verkehr sind die größten Verursacher

Aus den Zahlen des Umweltbundesamts geht hervor, dass von den gesamten Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2020 44% auf den Bereich Energie und Industrie sowie 28% auf den Verkehr entfielen. Diese zwei Sektoren stellen mit insgesamt 72% den größten Anteil an den Emissionen. Auf die Gebäude (Heizungen) entfielen 11%, auf die Abfallwirtschaft und die fluoridierten Gase jeweils 3%. Der Anteil auf die Landwirtschaft betrug knapp 11%.

In der Energieerzeugung, die dem Emissionshandel zugeordnet ist, sanken die Emissionen im Vergleich zu 2019 deutlich. Das ist unter anderem auf die Stilllegung des letzten Kohlekraftwerks Österreichs in Mellach zurückzuführen. Insgesamt konnten so rund 0,8 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent eingespart werden. Auch die niedrigere Stromproduktion aus fossilen Erdgaskraftwerken zeigt sich in der Nahzeitprognose, damit wurden die Emissionen um 0,5 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent reduziert.

In der industriellen Produktion, die ebenfalls dem Emissionshandelsbereich zugerechnet wird, sind die Emissionen pandemiebedingt um 0,9 t CO<sub>2</sub>-Äquivalent zurückgegangen, da weniger Stahl produziert wurde. Im Verkehrsbereich ging der CO<sub>2</sub>-Ausstoß ebenfalls aufgrund der Pandemie zurück. Der Absatzrückgang an Treibstoffen führte hier zu einer Reduktion um 14% im Vergleich zu 2019. In der Abfallwirtschaft und bei den fluoridierten Gasen setzte sich der rückläufige Trend der letzten Jahre fort. In den anderen Sektoren (Gebäude, Landwirtschaft) blieben die Emissionen stabil. (Schluss) kam

## Vielfältige Leistungen der heimischen Landwirtschaft durch faire Einkommen sichern

Langer-Weninger und Hiegelsberger für loyale Partnerschaft in Wertschöpfungskette

Linz, 20. August 2021 (aiz.info). - Hinsichtlich stagnierender Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2020, wie aus den heute präsentierten Zahlen des Grünen Berichts hervorgeht, fordern **Michaela Langer-Weninger**, Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich-Präsidentin, und **Max Hiegelsberger**, Agrar-Landesrat in Oberösterreich, eine gleichwertige Partnerschaft aller Beteiligten in der Wertschöpfungskette von Agrargütern und Lebensmitteln. Langer-Weninger und Hiegelsberger sprechen sich für faire Preise für Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel aus und erwarten vom Lebensmittelhandel sein öffentliches Bekenntnis zur heimischen bäuerlich strukturierten Landwirtschaft auch in die Tat umzusetzen. Die Herkunftskennzeichnung für heimische Lebensmittel soll ebenso forciert werden. \* \* \* \*

"Die vielfältigen Leistungen der heimischen Land- und Forstwirtschaft für die Gesellschaft wird es in Zukunft nur dann weiterhin geben, wenn die Einkommen der Bauernfamilien mittel- und längerfristig gesichert werden können", verdeutlicht Langer-Weninger. "Ist die Land- und Forstwirtschaft im Vorjahr vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, können im mehrjährigen Vergleich nur stagnierende Bauerneinkommen verzeichnet werden. Dazu kommen aktuell stark gestiegene Kosten in den Bereichen Futtermittel, Energie, Stallbau und Landtechnik. Diese Kostensteigerungen erfordern daher aktuell dringend steigende Erzeugerpreise in den Bereichen Milch, Rind- und Schweinefleisch. Im Rahmen der anstehenden ökosozialen Steuerreform ist zudem sicherzustellen, dass auch für die Land- und Forstwirtschaft entsprechende Entlastungsschritte begleitend zur geplanten CO<sub>2</sub>-Bepreisung umgesetzt werden", so die LK OÖ-Präsidentin.

Hiegelsberger macht darauf aufmerksam, dass die seitens der Gesellschaft geforderte kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft angesichts der Preisentwicklung immer mehr unter Druck kommt. "Eine aktive Agrarpolitik und eine Stärkung des Direktabsatzes ermöglicht vielen Betrieben zumindest ein gleichbleibendes Einkommen auf mehrere Betriebsstandbeine verteilt. Klar ist aber, dass leistungsstarke Betriebe sich angesichts der Preisentwicklung und steigender Auflagen laufend vergrößern müssen, um das Einkommensniveau auch nur halten zu können. Das Idealbild einer von Familienbetrieben geprägten Landwirtschaft kommt damit immer mehr an seine Grenzen. Um diesen Zustand zu halten, müssen die Konsumenten sowie alle Partner entlang der Wertschöpfungskette, besonders auch der Lebensmitteleinzelhandel, ihren Teil dazu beitragen. Wenn in der Werbung kleinbäuerliche Betriebe abgebildet werden, müssen auch Preise bezahlt werden, die diesen Betrieben ein Fortbestehen ermöglichen", unterstreicht der Landesrat. (Schluss)